»Rückblick auf meine Zeit als Rektorin der CAU«

Prof. Dr. Karin Peschel,
ehemalige Professorin für Volkswirtschaft und Leiterin des Instituts für Regionalforschung

Rektorin der CAU von 1992 – 1996

Mein Amtsantritt im Juni 1996 fiel in eine Zeit einschneidender politischer Veränderungen im Gefolge der Vereinigung Deutschlands und lebhafter hochschulpolitischer Diskussion.
Es war nicht mehr zu übersehen, dass eine quantitative Revolution stattgefunden hatte und aus der früheren Elite-Ausbildungsstätte eine Massenuniversität geworden war – ohne dass die Ziele und Aufgaben der Universität neu definiert worden und ohne dass die Finanzierungsbedingungen dem gestiegenen Bedarf angepasst worden wären. Die Hauptakteure der hochschulpolitischen Diskussion waren allerdings nicht in den Universitäten, sondern in Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, Kultusministerkonferenz und anderen außeruniversitären Institutionen zu finden. Zum Beispiel beschloss die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im Juli 1992 »Ein Konzept zur Entwicklung der Hochschulen in Deutschland«, mit dem sie in Verhandlungen mit der Bundesregierung ging, das von den Hochschulen selbst überwiegend gar nicht zur Kenntnis genommen wurde, geschweige denn, dass diese sich bereit erklärt hätten, die zur Durchsetzung dieses Konzeptes gemachten Vorschläge zu realisieren. In der außeruniversitären Diskussion ergab sich in wesentlichen Punkten Konsens[1]: Substantielle Verbesserung der Hochschulfinanzierung sei nötig; die Fachhochschulen sollten ausgebaut werden; die Nachfrage nach Hochschulbildung werde auch in Zukunft steigen, worauf die Universitäten mit einer Änderung der Studienstruktur reagieren müssten. Es sei zwischen berufsqualifizierenden Studien und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu differenzieren. Damit wurde den Universitäten die Kernfrage gestellt: Wie lässt sich ihre Zielsetzung, die wissenschaftliche Ausbildung, mit den Wünschen der großen Zahl von Hochschulzugangsberechtigten nach einer berufsbezogenen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechenden Ausbildung vereinbaren?
Die Universitäten nahmen die Diskussion weitgehend erst zur Kenntnis, als die außerhalb erarbeiteten Empfehlungen Eingang in die Novellierungen der Hochschulgesetze der Länder fanden. Denn sie gefielen ihnen nicht. Aktueller Anlass zum Aufwachen waren für die CAU die Novellierung des Landeshochschulgesetzes 1990 durch die seit 1988 regierende SPD und der Erlass eines Landeshochschulplanes für Schleswig-Holstein im Jahre 1991.[2]
Es ist allerdings durchaus verständlich, dass die Hochschulen sich der Brisanz der Lage angesichts der überwiegend kritischen öffentlichen Meinung nicht bewusst waren, ließ doch ihre Überfüllung kaum Zeit, geschweige denn Kraft zu grundlegender Diskussion.
Allerdings hatte sich Mitte der 80er Jahre in Kiel der Kreis PAX OPTIMA RERUM um den Soziologen Lars Clausen mit dem Wunsch nach interdisziplinärer Diskussion gegründet. Zwar ging es den Kollegen primär um die Mitwirkung der Wissenschaft bei der Friedenssicherung[3]. Sie nahmen deshalb das Siegel der Universität als Motto. Darüber hinaus aber war ihr Ziel, an der CAU hochschulpolitisches Engagement generell zu fördern und durch Vortragsveranstaltungen von Externen die Diskussionsbasis über die Kieler Nabelschau hinaus zu erweitern.
Der Kollegenkreis PAX OPTIMA RERUM war es auch, der mir vorschlug, mich um das Rektorenamt der CAU zu bewerben. Dass ich tatsächlich gewählt wurde, und auch noch mit guter Mehrheit, war für alle Beteiligten ziemlich überraschend, hatte ich doch den vom Rektorat ausgewählten Kandidaten, einen Mediziner, hinter mir gelassen. Er hat es übrigens mit Würde getragen, wie er formulierte, »von einer Frau geschlagen worden zu sein, noch dazu von der ersten in der 325jährigen Geschichte der CAU«.

Ziele und Aufgaben

Mein vorrangiges Ziel als Rektorin war es, die interne hochschulpolitische Diskussion zu beleben, um auf die oben gestellte Kernfrage Antwort zu finden. Und damit begann ich bei meiner Antrittsvorlesung. Ich hielt einen Fachvortrag, in dem ich abzuleiten versuchte, welche Anforderungen vom Arbeitsmarkt her an die Universität zu stellen sind. Den Hintergrund bildete das schon zitierte HRK-Papier mit der Forderung, vorrangig sei eine Aufteilung und Abstimmung zwischen Erststudium und wissenschaftlichem Aufbau- und Vertiefungsstudium sowie berufsorientiertem Weiterbildungsstudium erforderlich. Prompt erzeugte ich Aufregung und Entrüstung bis zu der Unterstellung, ich wolle die Universität auf ein niedrigeres Niveau bringen. Ein in der CAU nicht unwichtiges Mitglied ging soweit, die gerade neu gewählte Rektorin in die Herman-Ehlers-Akademie zu zitieren und ihr öffentlich vorzuhalten, sie habe die Würde der Philosophischen Fakultät verletzt, da sie Menschen zu Humankapital degradiere. Er übersah dabei, dass der Begriff Humankapital ein in den Wirtschaftswissenschaften eindeutig positiv besetzter Begriff ist, der aber auch in offiziellen Erklärungen der EU im Sinne von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen von Personen, die durch Bildung und Ausbildung erworben werden, verwendet wird[4].

---

1 Siehe Synopse zur aktuellen hochschulpolitischen Diskussion, Beilage zu den Thesen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik, Berlin 1993.
2 Siehe 15. Jahresbericht des Rektorats der Christian-Albrechts-Universität, Hrsg: Informations- und Pressestelle.
3 Die Gründung eines Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften erfolgte dann im Frühjahr 1995.
4 Wie problematisch die Verwendung des Begriffs Humankapital selbst im Kreise Hochgebildeter sein kann, wurde mir erst voll bewusst, als Humankapital zum Entsetzen der Ökonomen von einer Gruppe von Sprachwissenschaftlern zum Unwort des Jahres 2004 erklärt wurde, was lebhafte Gegenargumente auslöste.

In meiner ersten Begrüßungsansprache der Neuimmatrikulierten habe ich im Einklang mit meinen fachwissenschaftlichen Erkenntnissen alle Studierenden willkommen geheißen und, statt Versagensängste zu schüren, auf Hilfsmöglichkeiten bei Schwierigkeiten verwiesen. Ich habe eindringlich betont, wie wichtig gut ausgebildete Menschen für die Zukunft unseres Landes seien. In der Kieler Presse[5] wurde meine Rede unter der Überschrift »Wir brauchen Sie alle« korrekt zitiert, allerdings war – wie auch in der Universität – Stirnrunzeln dahinter zu spüren.

So waren denn auch in der Folgezeit meine Bemühungen auf die Diskussion des Zielsystems der CAU und der daraus für die Gestaltung der Studiengänge zu ziehenden Folgerungen gerichtet. Ich habe versucht, unter anderem den neu eingeführten Dies academicus zu nutzen, um die Situation der Hochschule zum zentralen Thema zu erheben. Vortragender war zum Beispiel in meinem ersten Amtsjahr der Philosoph V. Hösle mit dem Thema »Die Idee der Universität angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts«. Ferner diskutierten damals Vertreter der Kienbaum-Unternehmensberatung und Prof. den Boer von der Universität Utrecht, der über die gerade in den Niederlanden durchgeführte Reform des Hochschulsystems sprach.[6] Gleichzeitig haben verschiedene Kommissionen inner- und außerhalb der Universität sich dieser Aufgabenstellung gewidmet.

Den Abschluss meiner hochschulpolitischen Diskussionen bildete für mich der Dies academicus im Januar 1996. Unter dem Motto »Universität und Arbeitswelt – Bildung versus Ausbildung« diskutierten hier sehr kontrovers Vertreter aus Industrie, Wissenschaft, Politik und der Studentenschaft meine These, das Selbstverständnis der Wissenschaft sei nicht immer mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes vereinbar. Es überraschte mich nicht, dass diese Diskussion in der Kieler Presse lebhaften Widerhall fand.[7] Hier standen sich gegenüber die Befürworter einer engeren Orientierung auf den Arbeitsmarkt wie Prof. Friedrich Buttler (bis 1994 Leiter des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) und die Repräsentanten der »traditionellen« Schule wie Prof. J. Mittelstraß. Während Prof. Buttler meinte, berufliche Tätigkeiten würden mehr als früher prägende Kraft für die Gestaltung der Studiengänge erlangen, warnte Prof. Mittelstraß explizit vor einer Trennung in eine Standardausbildung und eine Ausbildung für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Resonanz dieser Veranstaltung war – und das verbuche ich als einen Erfolg – gemäßigter als vier Jahre davor, als ich bei meinem Amtsantritt angesichts der Finanzmisere den angelsächsischen Bachelor als Abschluss unserer Zwischenprüfung und spätere wissenschaftliche Weiterbildung als denkmöglich ansah.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rektorats einer Universität ist es, den Grundkonsens innerhalb der Universität herzustellen. Nun hatten sich in der Kieler Universität über die Jahre hinweg zwei Lager ausgebildet, die mehr oder minder den in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden verschiedenen politischen Richtungen zuneigten. Das galt sowohl innerhalb der Fakultäten, zuvörderst innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, als auch innerhalb des Senats. Und auch das Rektorat war hiervon nicht frei. Diese Lager hatten durchaus verschiedene hochschulpolitische Zielvorstellungen. Um der gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden, ist aber Konsens erforderlich. Wie ist dieser unter diesen Umständen zu erreichen? Ich meinte immer durch Information und Diskussion, musste aber erfahren, dass manchmal nur ein entschiedenes »Basta« weiter hilft, was aber zumeist zu sehr viel Ärger führt. Die Arbeit im Rektorat wurde dadurch erschwert, dass die Prorektoren nach Ablauf meines ersten Amtsjahres neu gewählt wurden und um die Wiederwahl des Kanzlers ein heftiger, vordergründig mit juristischen Argumenten geführter Streit entbrannte, der aber auch ein Richtungsstreit innerhalb der Universität war.

Besonders problematisch war es häufig, den Interessenausgleich zwischen den Fakultäten und dem Rektorat herbeizuführen. Die Dekane sind traditionell und gesetzlich ihren Fakultäten verpflichtet. Manche haben sich dementsprechend immer mehr als Kämpfer für die Rechte und Interessen ihrer Fakultäten denn als Bewahrer und Beschützer der Verantwortungsgemeinschaft Universität verstanden. So brach z. B.im Senat ein Konflikt um die Gründung eines seit Jahren anvisierten Ökologiezentrums aus, das der amtierende Dekan nicht mehr wollte. Den Hintergrund bildeten persönliche Rivalitäten zwischen den Fachvertretern und dem dann bereits nicht mehr amtierenden Umweltminister Heydemann. Das Rektorat hat die Gründung des Ökologiezentrums mit Unterstützung seiner Vorgänger im Amt durchgesetzt, um die Glaubwürdigkeit der Universität zu bewahren. Denn dieses Zentrum war im Vorhinein mit 56 Millionen DM vom Bundesforschungsministerium finanziert worden, wofür die Universität eine Zusage zur späteren Institutionalisierung hatte abgeben müssen. Auch die Ergebnisse einer vorausgegangenen Evaluierung standen dem nicht entgegen. Bisweilen galt es, im Senat zu verhindern, dass Konflikte mit dem Rektorat nach dem Do-ut-des-Prinzip »Stimmst Du Dekan hier für meine Fakultät, stimme ich da für Deine« ausgetragen werden, weil das jeweilige Anliegen für den anderen ohne Interesse ist und/oder seine Implikationen nicht voll durchschaubar sind. Übrigens bot der Senat auch eine Plattform für potentielle Kandidaten, sich gegen das »alte« Rektorat zu profilieren.

Vorrangig drehten sich Interessenkonflikte natürlich um Geld – um die Verteilung von Personal- und Sachmitteln. Traditionell wurde diese Aufgabe anscheinend unhinterfragt dem Kanzler zugeordnet. Keineswegs alle CAU-Mitglieder waren mit den herrschenden Verhältnissen zufrieden, auch wenn sie den Verteilungsmo-

5 KN vom 20.10.1992.
6 Siehe 16. Jahresbericht des Rektorats, Amtsjahr 1992/93, hrsg. im Auftrag des Rektorats von der Informations- und Pressestelle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; sowie »Die Idee der Universität angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts«, Vorträge zum Dies academicus, 25. Januar 1993, Hrsg.: Rektorat der Universität Kiel, Informations- und Pressestelle
7 Siehe KN vom 30.1.1996

dus gar nicht kennen konnten, denn er war eher durch die wechselnden Zeitläufe geprägt, denn systematisch angelegt. Das bestehende System funktionierte nur deshalb, weil der langjährige Kanzler Neumann »seine« Pappenheimer kannte und ein gerecht denkender Mensch ist. Wenn Kollegen um einen Termin bei der Rektorin baten, ging es in 90 Prozent der Fälle um mehr Geld. In der deutschen wie in der europäischen Diskussion waren derzeit formelgebundene Verfahren, welche die Mittelzuweisung an Indikatoren wie z. B. Studierenden- und Absolventenzahlen, Drittmitteleinwerbung etc. knüpfen. Die besseren der damals diskutierten Modelle ließen durchaus Raum für ergänzende qualitative Beurteilungen. Trotz des herrschenden Misstrauens gegenüber der bestehenden Situation schien für manche Kollegen schon der Anstoß zur Diskussion solcher Verfahren ein Beleg dafür zu sein, dass die Rektorin die Universität nun endgültig nur unter materiellen Gesichtspunkten betrachte und sie einfach kein Herz für wichtige Bereiche der Forschung habe! Mit Mühe nur konnte ich der ja dem Kanzler unterstellten Verwaltung einige Zahlen zur Information des Senats abringen z. B. eine Gegenüberstellung der Zahl der Studierenden und des wissenschaftlichen Personals in einzelnen Fächern. Das brachte mir erheblichen Ärger ein: Einige Kollegen bezweifelten die Richtigkeit der Zahlen (wie vergleichsweise wenige Studierende und Abschlüsse sie tatsächlich hatten!). Um sachliche Korrektur gebeten, passten sie dann zumeist.

Von dem auch außerhalb der Universität diskutierten Ziel einer Kosten- und Leistungsrechnung waren wir damals – auch in der Medizin – weit entfernt. Aber die Öffentlichkeit verlangte mehr und mehr Aussagen darüber, was ein Studiengang koste. Und, was die Ökonomin natürlich wurmte, die Universität war nicht in der Lage, sich dazu verlässlich zu äußern.

Rückwirkend betrachtet, hat mein Rektorat der CAU ihre Mitglieder keineswegs mit revolutionären Universitätsbildern konfrontiert. Es hat vielmehr eine Politik der kleinen Schritte betrieben, getragen von der Überzeugung, dass Dezentralisierung der Verantwortung und der Mittelverwendung letztlich einen Gewinn an Sachnähe und Leistungskompetenz erbringen. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Entscheidungsträger viel stärker als früher Verwaltungswissen benötigen und damit der Unterstützung einer hochprofessionellen Universitätsverwaltung bedürfen.

Bestehen bleiben bei mir Zweifel, dass die Grundidee der akademischen Selbstverwaltung in der Massenuniversität aufrecht erhalten werden kann. Letztlich bleibt die Gruppe der Personen, welche die Universität leiten, außer dem Kanzler eine Laienspielschar. Das hatte schon mein Vorgänger, Herr Kollege Müller-Wille, ausgesprochen, als er mir das Amt übergab. Glücklicherweise gibt es hervorragende Laienschauspieler. Aber um die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt zu haben, bedarf es der Lehrzeit, und die ist ihnen bisher in der CAU nie vergönnt worden: Seit dem Neubeginn 1945 amtierte noch nie ein Rektor eine zweite Periode lang. Lehrzeit hatte ich vor meiner Amtszeit als Rektorin nur gesammelt als Dekanin meiner Fakultät, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen, und als Sprecherin des Sonderforschungsbereichs 17, Skandinavien- und Ostseeraumforschung.

Frauen in der Wissenschaft – immer noch ein Thema

Keine allgemeine Erfahrung hatte ich entgegen der Meinung vieler mit dem Thema, das aber schon während meiner Zeit als Dekanin auf mich zukam, dem Thema »Frauen an der Hochschule«: Ich hatte nicht teil an der Frauenbewegung. Meine eigene Karriere verlief ohne Diskriminierung innerhalb meines engeren Umfeldes von Kollegen und Lehrern. Als ich studierte, interessierten sich nur wenige Frauen für mein Fach Volkswirtschaftslehre, so dass es mich nicht wunderte, in der Wissenschaft nur wenigen Frauen zu begegnen. Manches, das man vielleicht als Diskriminierung deuten könnte, betrachtete ich mehr als Kuriosum, das auftrat, weil es für bestimmte Situationen keine tradierten Regeln gab. Häufig waren es belustigende Erlebnisse, die aus Unkenntnis resultierten, so z. B. als ich als Sprecherin des Sonderforschungsbereichs »Skandinavien- und Ostseeraumforschung« an der Spitze einer wegen ihrer Wichtigkeit vom damaligen Landtagspräsidenten Lemcke eingeladenen Gutachtergruppe bei ihm eintraf. Er begrüßte mich mit den Worten: »Ach, ist das schön, dass wir heute so demokratisch geworden sind.« Auf meine verwunderte Frage, was er damit meine, antwortete er: »Nun, dass Sekretärinnen bei solchen Einladungen mitkommen dürfen.«

Das Thema Frauen in der Wissenschaft wurde mir in seiner Bedeutung erst vertraut, als mich der Rektor Ende 1988 bat (vielleicht weil ich die einzige, mit C 3 höchstbesoldete Professorin der Universität war?), eine Ausstellung »Frauen in den Naturwissenschaften« der Hamburger Physikerin Anna-Pia Köppel zu eröffnen. Zu diesem Zweck wollte ich ein paar Zahlen zur Ausbildung von Frauen in den Naturwissenschaften an der CAU zusammenstellen. Diese waren aber nur bedingt verfügbar. Mein Telefonieren durch die Institute zeitigte überraschende Reaktionen: Wozu wollen Sie denn das? Das wollen Sie doch nicht etwa zur Eröffnung sagen? Meine Recherchen ergaben, dass zwischen Wintersemester 1984/85 bis einschl. SS 1986 nur 18,3 v. H. aller Promotionen in den Naturwissenschaften (einschl. Mathematik) von Frauen erfolgt waren. Habilitiert hatte sich seit 1980 gerade mal eine Frau gegenüber 68 Männern. Der Frauenanteil bei den Studierenden betrug in den Naturwissenschaften (mit Mathematik, aber ohne das »Frauenfach« Pharmazie) immerhin 40 v. H. Angemerkt sei, dass die Zahlen für den Bund nicht viel anders aussahen. In meinem eigenen Fach Wirtschaftswissenschaften betrug der Frauenanteil bei den Promotionen damals gerade 7 v. H. bei einem Frauenanteil von 42 v. H. Die Zahlen stammen aus der Verwaltung der CAU.

Zur Ausstellungseröffnung waren die Landtagspräsidentin sowie zahlreiche andere Frauen und genau drei Männer aus der Universität, darunter der Direktor der Bibliothek, wo die Ausstellung

stattfand, erschienen. In den KN war ein Bild von der Autorin der Ausstellung und von mir mit der Überschrift »Die Autorin der Ausstellung … erläutert Prof. Karin Peschel… ihre Schautafeln«. Darauf waren lauter Köpfe zu sehen.
Das Thema Frauen und CAU war im Lande aktuell, seitdem Eva Rühmkorf, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein und ihr Staatssekretär Kreyenberg eine Änderung des Hochschulgesetzes erarbeiteten. Eine kleine Zahl von Frauen aus den Universitäten und Fachhochschulen und auch Mitglieder des PAX-Kreises waren zur Beratung herangezogen worden (etwa seit 1988). Die Arbeit mündete in der Neufassung des Hochschulgesetzes von 1990, in dem sowohl Frauengleichstellungskommissionen als auch das Amt der Frauenbeauftragten an den Hochschulen des Landes eingeführt wurden. An der CAU wurde erstmals 1991 die erste hauptamtliche Frauenbeauftragte vom Senat gewählt. Die Grundlage für die Arbeit der Frauenbeauftragten war sehr umfassend im Gesetz gelegt: Sie hat die Universität bei der Erfüllung ihrer im Gesetz beschriebenen Aufgaben zu unterstützen. Was das im Einzelnen impliziert, welche Rechte und Pflichten ihr daraus erwachsen, bedurfte aber der Klärung in der Praxis. Das wurde während meiner Amtszeit zu einem Musterbeispiel für learning by doing. Ich denke, dass ich daran mitwirken konnte, die Einflussmöglichkeiten der Frauenbeauftragten auf alle Fälle von Interesse und Besorgnis auszudehnen. So bekam die Frauenbeauftragte sofort das Recht, an den wöchentlichen Rektoratssitzungen teilzunehmen. Unsere Zusammenarbeit verlief bemerkenswert störungsfrei, was auch dem Kanzler Neumann zu verdanken ist. Die CAU war dann auch die erste Hochschule im Lande, welche die im Hochschulgesetz vorgesehenen »Richtlinien zur Förderung von Frauen in Forschung, Lehre und Studium« erlassen hat (1995). Im Jahre 1995 waren dann immerhin 4 v. H. Frauen im Besoldungsrang C-3/C-4 an der CAU tätig (bei einem Studierendenanteil 1995/96 von rd. 41 v. H.), was fast dem Bundesdurchschnitt entsprach.

Integration der Pädagogischen Hochschule Kiel in die CAU

Mein erstes Amtsjahr war stark belastet durch die Bemühungen um die Integration der Pädagogischen Hochschule im Bereich der Lehrerbildung in die CAU. Diese Aufgabe war das Ergebnis einer rd. einjährigen Diskussion der Hochschulen mit der Landesregierung, in der auch vorgeschlagen worden war, die beiden Pädagogischen Hochschulen des Landes am Standort Flensburg zusammenzuführen. Letzteres wurde von der Landesregierung favorisiert, stieß jedoch bei den Hochschulen auf Ablehnung. Der Leser meines Berichts wird wissen, dass die Landesregierung unter der Ministerin Gisela Böhrk nach meinem Ausscheiden als Rektorin Mitte 1996 die zum 1.4.1994 erfolgte Integration rückgängig machte und die Lehramtsstudiengänge nach Flensburg verlagerte, und das obgleich sie mir in ihren Abschiedsworten noch für die gelungene Integration gedankt hatte. Die mit der Integration angestrebte Ersparnis wurde auf diese Weise sicherlich nicht erreicht, zumal ein Teil der PH-Kollegen an der CAU verblieb mit Aufgaben, die vorher jahrzehntelang von der Fakultät, der sie zugeordnet wurden, mehr nebenbei erledigt worden waren. Ich war sehr erzürnt darüber, wie eine Landesregierung mit der Arbeitszeit der Universitätsangehörigen umgeht. Denn die Entscheidung war nach intensiver Diskussion unter Heranziehung allen verfügbaren Sachverstandes getroffen worden und hatte den Gremien beider Hochschulen wie auch den betroffenen Rektoraten viel Zeit abverlangt. Sofort nach meinem Amtsantritt hatte ich eine für den Juni 1992 angesetzte Podiumsdiskussion in der PH zum Thema »Perspektiven der Lehrerbildung in Kiel« vorzubereiten gehabt. Für mich zeigte sich sehr schnell, dass in den Hochschulen ein Teilintegrationsmodell favorisiert wurde. Kern dieses Modells war, dass an der CAU eine Erziehungswissenschaftliche Fakultät für die Ausbildung von Grund- Hauptschul- und Realschullehrern errichtet werden sollte, während die Gymnasiallehrerausbildung mit den entsprechenden Fachdidaktiken an der Philosophischen Fakultät der CAU verbliebe. Dem entsprach dann auch die nach vielen weiteren Diskussionen gefundene Lösung: die Bildung einer Erziehungswissenschaftlichen Fakultät an der CAU, einer gemeinsamen Einrichtung »Institut für Pädagogik« und eines gemeinsamen Ausschusses »Pädagogik« der neuen Erziehungswissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät. Während des gesamten Prozesses brachten alle Beteiligten sehr viel guten Willen auf. Das war auch notwendig, da in beiden Hochschulen in weiten Bereichen unter Überlastbedingungen gearbeitet wurde und die im Gefolge der Integration anfallenden Kosten fast ausschließlich von der CAU getragen werden mussten. Wie auch die Studierendenzahlen zeigen, konnte die gefundene Lösung durchaus als geglückt betrachtet werden.[8]

Evaluierung von Forschung und Lehre

Ein weiteres großes Themengebiet, das auf die CAU während meiner Amtszeit zukam, ist das der Evaluierung von Studium und Lehre. Die Hochschulen des Landes wurden dazu in dem 1995 novellierten Schleswig-Holsteinischen Hochschulgesetz verpflichtet. Aber bereits 1994 hatten wir gemeinsam mit der Universität Hamburg ein Pilotverfahren zur Evaluation der Lehre in den Fächern Biologie und Germanistik/Deutsche Philologie durchgeführt. Dieses war mit seiner Orientierung an dem sog. Niederländischen Modell erstmalig in der Bundesrepublik. Der Vorschlag hierzu war mir vom Präsidenten der Universität Hamburg gemacht worden mit dem expliziten Ziel, auf diese Weise die – wie nicht zu übersehen war – auf uns seitens der Regierung zukommenden Anforderungen mit zu gestalten und das Verfahren, soweit irgend möglich, unter eigene Kontrolle und nicht die des Ministeriums zu bekommen. Ich hatte insofern Erfahrung, als die Lehrenden meiner Fakultät sich schon im November 1991 eines Tages völ-

8 Die Chronologie des gesamten Integrationsprozesses ist ausführlich im 17. Jahresbericht des Rektorats der CAU dokumentiert.

lig überrascht unter der Überschrift »Wirtschaftsstudenten geben ihren Professoren Noten« auf der Titelseite der KN wiedergefunden hatten, geordnet nach der »Qualität ihrer Lehre«. Meine Fakultät hatte mit Verwunderung und sicherlich auch Verärgerung bei einigen Kollegen reagiert, aber das einzig Richtige getan: Unsere Fachvertreter der Statistik und Ökonometrie hatten sich des verwendeten Fragebogens angenommen und Verbesserungsvorschläge gemacht. Hinter vorgehaltener Hand fanden viele Kollegen die Beurteilung der Studierenden ziemlich zutreffend. Und es zeigte sich bald, dass sich diejenigen, die die letzten Positionen besetzten, mit Erfolg bemühten, in Zukunft die Rangskala hinauf zu klettern.

Das Ergebnis der Evaluierung zusammen mit Hamburg der zwei großen Fächern Biologie und Deutsch wurde von den Beteiligten – soweit es mir zu Ohren kam – als durchaus positiv betrachtet. Die Ergebnisse lösten vielfache Diskussionen und Verbesserungsvorschläge aus. Alles in allem hielten sich laut Beurteilung Schwächen und Stärken an der CAU die Waage; die Hamburger Ausbildung wurde sehr viel kritischer gesehen. Auf die erfolgreichen Evaluierungen zurückzuführen ist auch die Idee des Wissenschaftsministeriums, für vorbildliche Leistungen in der Hochschullehre Preise auszusetzen. Erster Preisträger war die Evaluierungsgruppe Biologie. Zur gleichen Zeit wie das Pilotprojekt mit Hamburg hatten meine engeren Kollegen einer Evaluierung von Studium und Lehre in Betriebswirtschaft durch den Wissenschaftsrat auch als Modellvorhaben zugestimmt, die nach gewissen Verzögerungen im April 1995 stattfand.

Obgleich in allen Fakultäten die zuerst Betroffenen durchaus willig mitmachten – auch durch einige finanzielle Hilfen ermutigt – blieb mir nicht verborgen, dass das Murren in der Universität groß war. Auch diese »überflüssige Neuerung« wurde der Rektorin vorgehalten, die nicht verhehlte, dass sie gut gemachte Evaluierungen als durchaus nützlich ansah, an dem Zwang dazu selbst aber unschuldig war.[9]

Eine weitere sozusagen unfreiwillige Evaluierung erfolgte im Institut für Weltwirtschaft durch den Wissenschaftsrat. Wir waren aus Hamburg vorgewarnt, was auf uns zukommen würde und konnten uns gut vorbereiten. Das zuerst evaluierte Hamburger Weltwirtschaftliche Archiv hatte die Sache offensichtlich zu sehr auf die leichte Schulter genommen und wurde zum Service-Institut degradiert. Ein Vorteil war sicherlich, dass ich als Mitglied der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät die Interna und die Schwachpunkte, auf die die Gutachter denn auch ihr Augenmerk richteten, gut kannte.

Erweiterung der internationalen Beziehungen Richtung Osten

Wie eingangs bemerkt, fiel meine Amtszeit in eine Zeit politischer Umbrüche, die natürlich auch auf die CAU einwirkten. Es kamen die Kollegen aus der früheren Sowjetunion persönlich mit Neugier und dem Streben nach Neuorientierung. Ich war nicht nur als Rektorin gefragt, sondern auch als Wirtschaftswissenschaftlerin, zumal ich bereits seit den 70er Jahren durch meine Mitgliedschaft in der internationalen Regional Science Association mehrmals in Polen, im asiatischen Teil Russlands und der Ukraine gewesen war. Nur die DDR und damit meine Heimatstadt Leipzig waren mir damals verschlossen geblieben, obgleich ich einen der führenden Wissenschaftsfunktionäre immer mal wieder im westlichen Ausland bewirtet hatte. Angeregt auch durch meine Mitarbeit in Björn Engholms Denkfabrik und eine von ihm geleitete Reise rund um die Ostsee förderte ich zusammen mit meinen skandinavischen Kollegen die Gründung einer Baltischen Sektion der Regional Science Association – auch durch regionalwissenschaftliche Seminare in Kiel und in Dänemark. Mein Vorgänger im Amt, Herr Müller-Wille, war ähnlich aktiv gewesen und hatte die neu gegründete Baltische Rektorenkonferenz 1992 nach Kiel eingeladen. Als Rektorin versuchte ich, Kollegen der Kieler Universität für die noch in der Planung befindliche Europa-Fakultät in den drei Hauptstädten der Baltischen Staaten zu gewinnen und überhaupt dieses Projekt, das drohte zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und Brüssel zerrieben zu werden, voranzutreiben. Zur Finanzierung konnte oder wollte Schleswig-Holstein nichts beitragen. Meine Bemühungen waren aber nur in meiner eigenen Fakultät erfolgreich. Mein Kollege H. Herberg eröffnete dann auch die Serie der wirtschaftswissenschaftlichen Veranstaltungen an der Universität in Tartu, wohin er vorher schon Beziehungen hatte. Ich selbst habe nach meinem Ausscheiden aus dem Rektorat weiterhin für die Europa-Fakultät gearbeitet, was mit hoch interessanten, manchmal allerdings nicht ganz ungefährlichen Reisen in die »jungen« Staaten verbunden war.

Veranstaltungen »Mahnung gegen Krieg und Gewaltherrschaft«

Die niedergerissenen Mauern ließen aber auch Kräfte wieder hoch sprießen, die wir eigentlich der Vergangenheit zugerechnet hatten, so der Brandanschlag in Mölln im November 1992. Glücklicherweise reagierten die Kieler Studierenden aller Hochschulen angemessen und sofort. Der AStA der Universität rief zu einer Trauerfeier in das Auditorium Maximum der Universität. Ich plädierte eingangs zu »Menschlichkeit und Toleranz« gegenüber allen hier Wohnenden und Zufluchtsuchenden. Auch die Universität sei gefordert, nachdrücklich an die Zeit des Nationalsozialismus zu erinnern und Lösungsansätze für die heutigen Probleme zu finden. Der Einladung folgten rd. 3000 Studierende. Der Hörsaal reichte nicht. Sie zogen anschließend betroffen und voller Trauer zu einer Kundgebung auf den Alten Markt. Auf Bitten der Studierenden organisierte das Rektorat noch im Wintersemester 1992/93 Vorlesungen zu den Themen Staatliches Fremdenrecht und Asylanspruch (Prof. Dr. E. Schmidt-Jortzig), Ausländer als

9 Das Thema Evaluierung wird im 18. bis 20. Jahresbericht des Rektorats ausführlich behandelt (siehe Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Rektorat, Informations- und Pressestelle)

Wirtschaftsfaktor in der Bundesrepublik Deutschland (Dr. H. P. Klös), Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit… (Prof: Dr. D. Frey). Im folgenden Sommersemester gab es dann eine Ringvorlesung zum Thema »Bestandsaufnahme Deutschland – eine multikulturelle Gesellschaft?«

Mitte der 90er Jahre rückte das Datum Kriegsende 1945 wieder verstärkt in aller Bewusstsein. Üblicherweise legte die Universität zum Volkstrauertag an ihrem Mahnmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft einen Kranz nieder. Ich empfand diesen Akt im Kreise von 5 bis 10 Leuten als eher peinlich. Stattdessen schlug ich Abendveranstaltungen zum Volkstrauertag vor, die dann unter meinem Rektorat auch ab 1992 stattfanden.[10]

Von besonderer Bedeutung war für mich die akademische Feier »Zur Mahnung gegen Krieg und Gewaltherrschaft« am 15. November 1993. Ich hatte inzwischen die Arbeiten von Prof. Dr. Ralph Uhlig und seinen Mitarbeitern gelesen. Daher wusste ich, dass 48 Mitglieder des damaligen Lehrkörpers (etwa 1/4 aller Lehrenden) vertrieben, zwangsversetzt oder scheinbar wegberufen worden waren. Weiteren 40 Personen wurde der Doktortitel entzogen. Die hiervon Betroffenen wurden entsprechend der Formulierungen eines Rechtsgesetzes für »unwürdig erklärt, einen deutschen akademischen Grad zu tragen« – de facto, weil sie aus »rassischen« oder politischen Motiven verurteilt waren oder sich vor der Verfolgung durch Flucht ins Ausland bewahrt hatten. Rein rechtlich gesehen war der Entzug von Doktortiteln entweder die Folge der Aberkennung der Staatsangehörigkeit oder eines strafrechtlichen Verfahrens. Im Falle der Aberkennung der Staatsangehörigkeit handelte die Universität als »nachgeordnete Behörde«. Sie veranlasste, wie vom Reichserziehungsministerium gefordert, die Entziehung des Doktorgrades, ohne dass die Betroffenen gehört wurden oder Rechtsmittel einlegen konnten. Im Falle eines vorausgegangenen strafrechtlichen Verfahrens handelte die Universität zwar auch erst nach einer anderen Instanz. Hier jedoch traf sie eine eigene Entscheidung. Verantwortlich war ein Universitätsausschuss, bestehend aus dem Rektor und den vier Dekanen. Dieser prüfte, ob der CAU ein Schaden entstehen würde, wenn der Betreffende nach seiner Verurteilung weiterhin den akademischen Grad tragen dürfe. Dass die Hochschulen auch faktisch Entscheidungsvollmacht besaßen, zeigt sich daran, dass tatsächlich nicht alle Verfahren zum Entzug des Doktortitels führten. Die Namen der Betroffenen und das Verfahren der Aberkennung wurden von Prof. Uhlig anhand der Akten des Universitätsarchivs recherchiert. Es blieb aber offen, ob alle Entziehungen von Doktortiteln erfasst werden konnten. Auch wussten wir nicht, wer von den Betroffenen noch am Leben war, geschweige denn, wo sie sich aufhielten. Eine individuelle Rückgabe der Doktortitel war deshalb nicht mehr möglich. Angesichts dieser Sachlage erklärte ich auf der akademischen Feier:

Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel erachtet die zwischen 1936 und 1945 politisch motivierten Entziehungen von Doktortiteln als nichtig. Das Rektorat hebt die entsprechenden, von dem damaligen Universitätsausschuss getroffenen Beschlüsse auf. Die einmal verliehenen Doktortitel bestehen daher weiter fort.

Auch der Dekan der Medizinischen Fakultät, der der Zahl nach hauptsächlich betroffenen, Prof. Dr. D. Harms, gab Erklärungen zu den staatlichen Unrechtsmaßnahmen und ihre beflissene Umsetzung durch Angehörige der Universität ab.[11] Die Ministerin M. Tidick begrüßte unser Vorgehen.

Auch in den folgenden Jahren 1994 und 1995 wurde das Thema »Krieg und Gewaltherrschaft« in öffentlichen Vorlesungen, Podiumsdiskussionen und in Ringvorlesungen aufgegriffen – letztere waren gemeinsame Veranstaltungen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag. Dabei wurden nicht nur Aspekte der Geschichte der CAU und des Landes Schleswig-Holstein nach 1945, die ja beide anfangs unter der Ägide der britischen Besatzungsmacht standen, aufgearbeitet, sondern auch gegenwartsbezogene Themen wie die Frage: »Gibt es eine besondere politische Verantwortung der Wissenschaft?« (so formuliert von Dr. Jan Philipp Reemtsma) behandelt. In diesem Kontext wurden auch die Verdienste von Frau A. F. Cunningham, Lektorin a. D. der Universität Birmingham und ehemals University Control Officer der britischen Besatzungsmacht gewürdigt, der die Rektorin im Jahre 1994 im Auftrage des Senats der Universität die Ehrenbürgerwürde der CAU verliehen hatte.

Im November 1995 jährte sich zum 50. Male die Wiederaufnahme des Forschungs- und Lehrbetriebes an der CAU nach dem Zweiten Weltkrieg. Das bot Anlass zu einem Alumnitreffen von Studierenden aus dieser Zeit.

Geplante bauliche Veränderungen

Die Rektorin auch dieser Amtsperiode war mit den Folgen des schnellen Wachstums der Studierendenzahlen konfrontiert. Wen wundert es da, dass das Ringen mit dem Staat um Lehrstühle, Institute, Bauten und Bibliotheken noch immer eine der zeitraubenden Arbeiten des Rektorats war. Obgleich es mir gelungen war, die Finanzministerin bzw. Ministerpräsidentin des Landes, Heide Simonis, von der Notwendigkeit eines Neubaus der Universitätsbibliothek persönlich zu überzeugen, und ich auch die Einstufung dieses Bund/Länder-Vorhabens in die 1. Kategorie beim Wissenschaftsrat hatte durchsetzen können, was erstaunlicherweise bis dahin nicht geschehen war, war der erste Spatenstich bei meinem Ausscheiden aus dem Rektorenamt noch nicht getan. Als Grund nannte die Landesregierung, dass die Abklärung des geplanten Leasing-Verfahrens sehr viel Zeit in Anspruch nehme. Als die Grundsteinlegung dann endlich erfolgte, war die frühere Rektorin nicht eingeladen.

---

10 Siehe »Besondere Veranstaltungen« in den Jahresberichten des Rektorats, Informations- und Pressestelle der CAU

11 Siehe 17. Jahresberichts des Rektorats, Amtsjahr 1993/94, Hrsg. Rektorat der Universität Kiel, Informations- und Pressestelle, sowie Zeichen des Erinnerns, Akademische Feier zur Mahnung gegen Krieg und Gewaltherrschaft am 15. November 1993, Erklärungen und Beiträge zum Volkstrauertag 1993, Rektorat der Universität Kiel, Informations- und Pressestelle.

Besonders geschmerzt hat mich als Rektorin, dass ein durch Vermittlung eines norwegischen Kollegen, der ein Jahr am Institut für Regionalforschung verbracht und dessen Frau das Deutsch-Norwegische-Studienzentrum der CAU zur Weiterbildung genutzt hatte, entstandenes Projekt für den Bau eines Norwegischen Hauses (im Werte von 5,9 Mill. DM ohne Grundstück) auf dem Universitätscampus am Desinteresse der Stadt Kiel scheiterte. Die Finanzierung dieses Projektes war durch die norwegische Wirtschaft gesichert, die Baupläne waren erarbeitet, die Norweger warteten auf unseren Startschuss zum Baubeginn. Es sollte dem norwegisch-deutschen Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsaustausch dienen und hätte auch die Raumprobleme des bestehenden Deutsch-Norwegischen Studienzentrums gelöst. Die Stadt jedoch versagte die Baugenehmigung für das vorgesehene Grundstück aus Gründen der »Freiflächenversorgung aus ökologischer Sicht«. Auch eine Alternative wurde von der Stadt nur vage unterstützt und ließ sich, nachdem inzwischen auch für diese neue Schwierigkeiten auftauchten, außerdem finanziell nicht realisieren. Ich hatte wohl einen Fehler gemacht, als ich den Stadtbaurat von Kiel zum allerersten Treffen zwischen den beteiligten Hochschulen (darunter war der Prorektor des Agder College in Grimstad, Gunnar Oftedahl, der das Projekt in Norwegen vorantrieb und der den renommierten norwegischen Architekten Hans Olaf Aanensen mitgebracht hatte) nicht eingeladen hatte. Dazu bestand zu diesem Zeitpunkt auch überhaupt kein Anlass.[12] Die KN kommentierten den Vorgang unter der Überschrift »Kein Platz für das Geschenk« ausnahmsweise einmal mit einem für mich günstigen Tenor »(…Flagge sieht sich nicht als Anwalt der Uni)«[13]. Der der CAU sehr gewogene ehemalige Oberbürgermeister Norbert Gansel hat nach Amtsantritt noch einmal versucht, das Vorhaben wiederzubeleben – aber es war zu spät.

Verhältnis zu den Studierenden

Als Rektorin hat man häufig Zwistigkeiten, welche die Studierenden betreffen – auch solche innerhalb der Fakultäten – zu schlichten. Generell ist aber die Beziehung zu den Studierenden in den Fakultäten enger. Nicht nur als Lehrende und Leiterin eines Instituts, das für seine empirischen Arbeiten stets sehr viele Wissenschaftliche Hilfskräfte beschäftigte, sondern auch als »Fakultätsbeauftragte für die Betreuung der Studierenden« habe ich ihre Nöte und Sorgen über lange Jahre mit erfahren. Eine meiner vielleicht erfolgreichsten Arbeiten in meiner Fakultät war der Ausbau der internationalen Beziehungen. Schon lange vor dem später etablierten ERASMUS-Programm hatten alle unsere Studierenden die Möglichkeit, ohne Studiengebühren zu zahlen, in Stockholm, Glasgow, Ancona, Paris und in Illinois/USA zu studieren. Einzelnen konnte ich sogar Studien in Harvard und an anderen Plätzen ihrer Wahl vermitteln. Angemerkt sei, dass die mit uns befreundeten ausländischen Universitäten mit dem Niveau der zu ihnen Gesandten stets sehr zufrieden waren.

Als Rektorin hat man es zuvörderst mit den Repräsentanten der Studierenden aller Fakultäten, dem AStA, zu tun. Hochschulpolitisch gesehen, war meine Amtszeit eher eine Zeit der Abstinenz denn der Beteiligung der Studierenden. Der Kieler AStA kämpfte um Fahrradwege, für das Semesterticket und bessere Busverbindungen; alles sehr verständlich. Soweit als möglich, habe ich mich denn auch immer bemüht, seine Wünsche zu unterstützen. Manches, was die Studierenden anstrebten und wir miteinander vereinbart hatten, ging mir und ihnen zu langsam voran, so z. B. der Aufbau einer integrierten Studienberatung, wie er auch im Hochschulgesetz von 1995 explizit gefordert wurde. Die Notwendigkeit besserer Organisation der Studiengänge einschließlich der Beratung hatten in den meisten Fällen auch die Evaluierungen aufgezeigt.

Ein einziges Thema nur konnte heftige Reaktionen der Studierenden entfachen: das Thema Einführung von Studiengebühren. Der bundesdeutsche Streit war von Peter Glotz, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, losgetreten worden, der gesagt hatte, er glaube, dass die Probleme der deutschen Hochschulen in der Zukunft ohne dieses Instrument nicht lösbar seien. Selbstverständlich befasste sich auch die Hochschulrektorenkonferenz mit dieser Äußerung. Hier wurde diskutiert, kontrovers und ohne eindeutiges Ergebnis. Dennoch wurde ich gerügt, dass ich überhaupt zu der HRK-Sitzung gefahren sei. Im Senat der Universität wurde gegen Studiengebühren votiert. Zu den zwischen mir und den Studierenden auftretenden atmosphärischen Störungen trug bei, dass die KN im Januar 1995[14] ein Gespräch mit mir unter dem Titel »Wir kommen um Studiengebühren nicht herum« veröffentlichte, woraus dann mehrfach die Behauptung gemacht wurde, die Kieler Rektorin strebe Studiengebühren an. Soweit vorgewagt hatte ich mich nicht. Ich war allerdings der Auffassung, dass in mittlerer Frist in der Bundesrepublik Studiengebühren eingeführt werden würden, auch wenn wir das eigentlich nicht wollten. In späteren ausführlicheren Interviews[15] der KN und auch des Flensburger Tageblatts wurde meine Position sehr deutlich dargestellt. Dort wurde das Diskussionsergebnis der HRK richtigerweise mit meiner Aussage charakterisiert, der Vorstoß sei ein Hilferuf gewesen. Zwischen beiden Artikeln lag eine Zeitspanne, getränkt geradezu von Hass bei geringem Sachverstand, aber auch getragen von dem Bemühen, sich ernsthaft mit der Problematik auseinanderzusetzen. Ich selbst hatte mehrfach Gelegenheit zur Stellungnahme, so auf dem Jahresempfang der Universität im Januar 1996, wo ich einen Fonds berufstätiger Akademiker vorschlug, in den gut verdienende Akademiker einzahlen sollten, um daraus ihre Nachfolger unterstüt-

12 Der Stadtbaurat O. Flagge schrieb an den Prorektor der Universität " … Es wäre auf jeden Fall empfehlenswert gewesen, dass sich – wie dieses ja eigentlich üblich ist – die Architekten vor ihrem Tätigwerden mit der rechtlichen Ausgangslage befasst hätten …"
13 KN vom 15.1.1996, S. 16
14 KN vom 14. Januar 1995,
15 KN vom 18. November 1995; Flensburger Tageblatt vom 15.November 1995

zen zu können. Ich dachte dabei auch an die von mir geplante Gründung eines Alumni-Vereins. Auf meine Initiative hin wurde dann auch beim 2. Hochschulforum des DGB und der norddeutschen Hochschulen »Zukunft von Studium und Lehre« im Mai 1996 das Thema Studienfinanzierung diskutiert. U. a. sprach Prof. Lüdeke von der Universität Passau über »Gesellschaftliche Erträge als Rechtfertigung der heutigen Bildungs- und Hochschulfinanzierung? – Die Zerstörung einer Illusion«.
Ich selbst hatte zur Einführung von Studiengebühren ein ambivalentes Verhältnis. In einem war ich mit den Studierenden uneingeschränkt einig: Die Einnahmen aus Studiengebühren dürften nicht zu Haushaltskürzungen führen. Das war – zumindest für die Öffentlichkeit – auch Konsens aller politischen Parteien. Als Ökonomin war ich allerdings der Meinung, aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit seien Studiengebühren prinzipiell zu befürworten – solange Kindergartengebühren, Gebühren für die Ablegung von Meisterprüfungen usw. zu zahlen seien. Außerdem gab ich zu bedenken, dass ein Studium seinen Absolventen größere Chancen für qualifizierte und gut bezahlte Stellen als ihren Altersgenossen bietet. Vehement vertreten habe ich die Auffassung, dass mit der Einführung von Studiengebühren die Etablierung eines effizienten Stipendiensystems unumgänglich sei. Und gefürchtet habe ich, dass genau das nicht geschehen werde, Studiengebühren also eingeführt, adäquate Möglichkeiten ihrer Finanzierung z. B. aus erst nach Abschluss des Studiums erzieltem Einkommen aber nicht geschaffen werden würden. So ist es denn in einigen Bundesländern auch gekommen.

Gute Entwicklungen

Meine bisherige Darstellung spricht viele Probleme und Sorgen an. Ich hätte die Jahre bei der hohen Belastung nicht durchgehalten, wenn das Amt nicht auch mit viel Freude und dem Gefühl, etwas für die CAU zu leisten, verbunden gewesen wäre. Ich habe Einblick in mir bis dahin fremde Wissensgebiete nehmen können und viele liebenswerte, hoch motivierte Menschen kennengelernt. Auch gab es manche als durchaus positiv einzuschätzende Entwicklungen, die ihren Anfang vor meiner Rektoratszeit hatten. Zu nennen ist hier an erster Stelle die neue Technische Fakultät, die sich auch dank eines tüchtigen Gründungsdekans sehr gut entwickelte. Leider musste der ursprüngliche Ausbauplan bald aus finanziellen Gründen zurückgeschnitten werden. Und der ursprünglich als vorläufig angedachte Standort auf dem Ostufer der Förde blieb bis heute erhalten. An die erste Stelle der Erfolgsstory ist vielleicht das vom Land aus Stiftungsmitteln gegründete Forschungszentrum GEOMAR zu stellen, das später mit dem „alten“ Institut für Meereskunde der Universität verschmolzen wurde. Für den Erfolg der Neugründung ist sicherlich die traditionell herausragende Qualität der Meeresforschung an der Kieler Universität mit entscheidend gewesen. Die in dem neuen Forschungszentrum arbeitenden Kollegen blieben als Lehrende auch weiterhin der Kieler Universität erhalten. Alle diese Entwicklungen wurden vom Rektorat unterstützend begleitet. Die Rektorin hielt bei verschiedenen Anlässen Begrüßungsansprachen und war dankbar, dass die neuen Einrichtungen ihr wenig Probleme bereiteten. Auch eine neue Stiftung hatte die Universität während meiner Amtszeit zu verzeichnen: die Charlotte- und Karl -Breitling-Stiftung für die Kunsthalle. Diese ermöglichte es uns in der Folgezeit, jedes Jahr ein Bild, das zum Sammlungsauftrag der Kunsthalle passte, zu erwerben. Ich habe die ersten Jahre als Stiftungsvorstand begleitet.
Das Sorgenkind waren die Kliniken der Universität. Sie standen zwar während meiner Amtsperiode nicht direkt in der Schusslinie der Landesregierung. Ihre Haushaltsprobleme waren aber immer drängend im Hintergrund. Besonders problematisch war die Abwerbung hervorragender Kollegen (darunter Leibniz-Preisträger), die Kiel aus finanziellen Gründen ziehen lassen musste. Ich gestehe, dass ich im Nachhinein froh war, während meiner Amtsperiode nicht mit den wohl schon schwelenden Plänen zu grundlegenden Veränderungen der Klinikstruktur im Lande konfrontiert worden zu sein. Denn ich hätte mich in eine mir weitgehend fremde Materie einarbeiten müssen. Das einzige Mal, dass ich von den Kliniken echt gefragt war, war anlässlich der sogenannten Herzklappen-Affäre: Die deutschen Herzzentren wurden beschuldigt, von den Herstellerfirmen Schmiergelder kassiert und zulasten der Krankenkassen auf Konten von Chefärzten und Verwaltungschefs überwiesen zu haben. Der pauschal gemachte Vorwurf führte auch zu einem Vorprüfungsverfahren der Kieler Staatsanwaltschaft. Der Kieler Direktor der Klinik für Herz- und Gefäßchirurgie, Prof. A. Haverich, wehrte sich in der Öffentlichkeit vehement gegen diesen Vorwurf[16]. Ich ließ mir von allen potentiell betroffenen Kollegen bestätigen, dass an den Vorwürfen in Kiel nichts dran sei, und stellte mich ebenfalls öffentlich hinter die Kollegen.

Zur Autonomie der Universität

Die Universitäten kämpfen seit Jahrhunderten um ihre Autonomie, wobei der Begriff nicht genau festgelegt ist. Das Hochschulgesetz unterscheidet Landesaufgaben von eigenen Aufgaben der Universität. Natürlich greifen diese Aufgaben aber ineinander. Es wird auch von der Regierung als selbstverständlich hingenommen, dass die Rektorin der Universität bemüht ist, soweit als irgend möglich den Ideen der Universität Vorrang zu verschaffen. Wie zuvor ausgeführt, liegt das Problem eher darin, dass die Mitglieder der Universität die hochschulpolitischen Entwicklungstendenzen nicht rechtzeitig erkennen, und wenn, dann lehnen sie ihre Folgen meistens ab und sind auch kaum zu Kompromissen zu bewegen. Wie ist es anders zu erklären, dass bis in die jüngere Gegenwart hinein der Tatsache kaum Rechnung getragen wurde, dass die heutige Hochschule im Vergleich zur gestrigen

16 Siehe KN vom 3. 6. 1994

ein Aliud darstellt?[17] Letztlich haben aber die Parlamente der Länder und des Bundes und heute auch die Europäische Gemeinschaft entscheidenden Einfluss. Die Universitäten wissen sicherlich in Angelegenheiten von Forschung und Lehre besser Bescheid als Dritte. Sie vertreten aber auch eigene Interessen. Handeln sie deshalb nicht manchmal auch wider besseres Wissen? Die Gesellschaft scheint das so zu sehen. Jedenfalls spricht der inzwischen von außen erzwungene tiefe Einschnitt in die Struktur der Ausbildung (Bachelor- und Master-Studium) dafür, dass das Vertrauen in die innere Reformfähigkeit der Hochschulen verloren gegangen ist. Gegen solches Misstrauen hatte ich als Rektorin immer wieder zu kämpfen. Regierungsmitglieder, Parlamentarier, aber auch Bürger ohne besondere Funktionen und auch die Medien standen den Hochschulen durchaus kritisch gegenüber. Das ging bis zur persönlichen Verletzung in Reden z. B. eines schleswig-holsteinischen Staatssekretärs in der deutschen Hochschulrektorenkonferenz.

Eigentlich hatte ich hinsichtlich der Autonomie weniger Probleme mit den wechselnden Ministerinnen als mit der Ministerialverwaltung. Besonders ärgerlich war, dass diese die Genehmigung von Prüfungsordnungen und ähnlichen Verwaltungsakten manchmal jahrelang hinauszögerte. Insgesamt gesehen neigte sie dazu, die Universität als nachgeordnete Behörde zu behandeln. Einmal hat sie sogar die Universität in einem Organisationsplan des Ministeriums als solche deklariert. Dementsprechend passierte es, dass ich an einem Nachmittag gegen vier Uhr, nachdem die Zentrale Verwaltung nach Hause gegangen war, von einem Boten, den ich nicht kannte, einen Berg Akten auf den Tisch gelegt bekam mit der Bemerkung, die seien für die morgige Sitzung beim Leiter der Hochschulabteilung im Ministerium bestimmt. Von einer solchen Sitzung wusste ich nichts. Ein Blick hinein zeigte, dass es um einen Bootskauf ging, eine Sache, die eigentlich den Kanzler betraf, der aber im Urlaub war. Mit dem wie bei mir in solchen Situationen dummerweise üblichen etwas schlechten Gewissen ging ich nach Hause. Prompt klingelte am anderen Morgen, als ich noch im Bademantel war, das Telefon. Der Leiter der Hochschulabteilung: Wo ich denn bliebe? Er habe doch für heute Morgen eine Sitzung angesetzt. Auf meinen Einwand, er könne keine Sitzung mit mir ansetzen, sondern habe mit meinem Sekretariat einen Termin zu vereinbaren, wurde er unwirsch. Die Geschichte hat sich bis zur damaligen Ministerpräsidentin herumgesprochen und vielleicht meinen Nachfolgern geholfen.

Schlussbemerkung

Bekanntlich wurde ich für eine weitere Amtsperiode nicht wieder gewählt. Das wusste ich vorweg, als neben dem bisherigen Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein weiterer Kandidat meiner eigenen Fakultät ins Spiel gebracht wurde. Ich zog meine Bewerbung nicht zurück. Das ist nicht meine Art. Über die Gründe meiner Nichtwiederwahl lässt sich nur spekulieren: Die Fama sagt, die Studierenden, die noch immer glaubten, ich fordere die Einführung von Studiengebühren, hätten mich nicht wieder gewählt. Ich selbst meine, dass ich mit der Durchsetzung des Ökologiezentrums in den Augen der Fakultäten einen schweren Fauxpas begangen hatte, der ihre Sorge vor einer Zentralisierungstendenz des Rektorats bekräftigte. Zwar war ich enttäuscht. Ich war aber auch froh über den Gewinn an persönlicher Freiheit.

Allerdings hätte ich gern noch eine weitere Amtsperiode, mindestens aber zwei Jahre mehr gehabt. Zu vieles war in Angriff genommen worden, aber noch nicht abgeschlossen.

Auf die Kernfrage, die ich während meines Rektorats durch Vorträge etc. hatte vielfach behandeln lassen, waren keine mich befriedigenden Antworten gegeben worden, geschweige denn substantielle Veränderungen erfolgt. Zwar hatten die Evaluierungen zahlreiche Anregungen zur besseren Studierbarkeit einzelner Fächer erbracht. Letztlich aber wurde in den alten Strukturen verharrt. Ich bin also insofern gescheitert als ich es nicht geschafft habe, die Universität von der Notwendigkeit eigener Reformen, die den Forderungen der Gesellschaft entgegen kommen, zu überzeugen. Inzwischen wurde den Hochschulen die Zweiteilung in Bachelor- und Masterstudiengänge aufgezwungen – hastig und alle Fächer wurden über einen Leisten geschoren. Die Aufgabenteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen blieb unhinterfragt. Die Warnungen von Mittelstraß verhallten also ungehört. Aber auch die Buttlersche Anmahnung nach Einlösung berufs- und praxisbezogener Forderungen der Gesellschaft ist meines Erachtens keineswegs überall da, wo das sinnvollerweise geschehen sollte, erfüllt worden.

Es hatte mir zu Beginn meiner Amtszeit sehr am Herzen gelegen, die jahrzehntelang aus der Zugehörigkeit der CAU-Mitglieder zu verschiedenen politischen Richtungen resultierenden Differenzen zu überwinden. Ich hielt mich dafür eigentlich besonders gut geeignet, da ich selbst niemals einer politischen Partei angehört hatte. Das war sicherlich naiv. Das Karlsruher Institut, aus dem ich kam, stand damals der FDP nahe. Und als ich nach Kiel kam, flatterte ein Flugblatt über den Campus mit dem Titel: Letzte nicht CDU-Berufung der Universität. Es war wohl die Übernahme des von Reimut Jochimsen, einem entschiedenen SPD-Mitglied, gegründeten Instituts für Regionalforschung, die mich als »links« einordnete, eine Klassifizierung, der ich angesichts des an der CAU herrschenden politischen Klimas mit gewissen Einschränkungen durchaus zustimme.

Die Neigung der Kollegen zu verschiedenen politischen Richtungen war leider nicht nur atmosphärisch von Belang. Schlimmer war, was ich insbesondere während meiner Zeit als Dekanin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät immer wie-

18 Prof. Dr.Dr. Stig Strömholm, Rektor der Universität Uppsala, HRK Jahresversammlung 1995 „Macht, Fabrik oder Heiliger Hain? – Gedanken zur Hochschule in der Gesellschaft“, S. 1

der hatte erfahren müssen, dass einzelne Universitätsangehörige ganz ungeniert versuchten, innerhalb der Universität mit Mühe errungene Beschlüsse »außerhalb« zu korrigieren. Unsere eigene Pressestelle fühlte sich zuweilen anderen Strömungen in der Universität stärker verpflichtet als der Rektorin, was sich u. a. in Beiträgen des Flensburger Tageblatts niederschlug, die zu einiger Aufregung in der Universität führten. Dass die Wahl der Rektorin einer bedeutenden deutschen Universität in der öffentlichen Meinung vorrangig mit einem eine politische Haltung ausdrükkenden Schlagwort wie »Linksruck der Universität« charakterisiert wurde, ist meiner tiefsten Überzeugung nach mit der »Idee der Universität« auch im 21. Jahrhundert nicht vereinbar! Der Fehler lag aber nicht bei der Öffentlichkeit, sondern bei der Universität selbst.

Ich habe meinem Nachfolger eine lange Liste leider nicht abgearbeiteter Aufgaben auf den Schreibtisch gelegt. Vieles war angedacht, aber noch nicht auf den Weg gebracht und manches noch zu Ende zu führen. Das meiste davon war auch Thema der vom Rektorat eingesetzten Strukturkommission »Ziele und Aufgaben der Universität«. Ich will hier nicht auch noch über die Arbeit dieser Kommission berichten, obgleich sie als ein Instrument zur Durchsetzung meiner Ziele hatte dienen sollen. Ihre Aufgabe war ziemlich komplex. Auch standen die Dekane vor ähnlichen Problemen wie die Rektorin, nämlich vor der mangelnden Einigkeit innerhalb ihrer Fakultäten.

In meiner Abschiedsrede am 31. Mai 1996 habe ich in fünf Punkten die in meinen Augen wichtigsten Aufgaben der CAU in der nächsten Amtsperiode benannt. Im Vordergrund stand die Umsetzung des 1995 novellierten Hochschulgesetzes: die Lehrberichterstattung, die Erstellung von Grundsätzen für die Verwendung der Personal- und Sachmitteln usw.

Diese Rede ist niemals publiziert worden. Ich gehe aber davon aus, dass sie Interessierten in der Pressestelle der Universität zur Verfügung steht und möchte darauf verzichten, hier noch einmal auf sie einzugehen. Meine Nachfolger werden berichten, was aus meinen Vorstellungen geworden ist.